

Einkommensarmut und Konsumarmut - unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen: Analysen zum Vergleich der Ungleichheit von Einkommen und Konsumausgaben

Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Noll, H.-H., & Weick, S. (2007). Einkommensarmut und Konsumarmut - unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen: Analysen zum Vergleich der Ungleichheit von Einkommen und Konsumausgaben. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 37, 1-6. <https://doi.org/10.15464/isi.37.2007.1-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Einkommensarmut und Konsumarmut – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen	1
Sektion Soziale Indikatoren auf dem Soziologiekongress in Kassel	6
Keine Anzeichen für ein Wiedererstarken der Religion	7
VFA-Report Lebensqualität 2006 erschienen	11
Gut gemeint ist noch lange nicht getan – Eine international vergleichende Analyse zur partnerschaftlichen Arbeitsteilung im Haushalt	12
Call for Papers: Subjektives Wohlbefinden und subjektive Indikatoren der Lebensqualität – Internationale Tagung der Sektion Soziale Indikatoren in der DGS	16
Call for Papers: 8th Conference of the International Society for Quality-of-Life Studies	16

Einkommensarmut und Konsumarmut – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen

Analysen zum Vergleich der Ungleichheit von Einkommen und Konsumausgaben

Analysen der materiellen Ungleichheit und relativen Armut stützen sich nicht nur in Deutschland zumeist auf das den privaten Haushalten zur Verfügung stehende Einkommen. Für vergleichende Untersuchungen der Armut in der Europäischen Union hat sich eine Definition durchgesetzt, der zufolge als arm gilt, wer über weniger als 60% des durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens verfügt. Im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung heißt es: „Die Höhe des Einkommens kann als zentraler Indikator für den Lebensstandard oder die Lebensqualität gelten. Auch wenn Armut eine mehrdimensionale Benachteiligung darstellt, kann von den verfügbaren Mitteln indirekt darauf geschlossen werden, welches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe gelingt“ (S. 6). Damit wird betont, dass das Interesse nicht in erster Linie der Verteilung der Einkommen an sich gilt, sondern das Einkommen als Indikator für den materiellen Lebensstandard oder gar die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe betrachtet wird. In der Fachdiskussion ist jedoch durchaus umstritten, inwiefern das Einkommen als Indikator für den Lebensstandard die erste Wahl ist. Von verschiedenen Experten werden vielmehr die Ausgaben für den Konsum als der bessere Indikator für Lebensstandard und Wohlfahrt betrachtet.¹ Vor diesem Hintergrund erscheint es für die Analyse von Ungleichheit und Armut von Bedeutung und Interesse, Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Ausgaben zu untersuchen und die Konsequenzen einkommens- und ausgabenbasierter Betrachtungen zu beleuchten.

Im Zentrum der nachfolgenden Analysen steht die Frage, wie sich die Verteilungen von Haushaltseinkommen und -ausgaben unterscheiden und welche Konsequenzen sich aus der Wahl einer einkommens- oder ausgabenbasierten Betrachtung für die Diagnose von Ausmaß, Struktur und Entwicklung der Ungleichheit und relativen Armut ergeben. Im Einzelnen wird untersucht,

- in welcher Relation Einkommen und Ausgaben zueinander stehen und wie sich ihre Verteilungen gemessen an zusammenfassenden Ungleichheitsmaßen unterscheiden und über die Zeit entwickelt haben;
- welche Implikationen eine einkommensbasierte im Vergleich zu einer ausgabenbasierten Armutsmessung für Niveaus, Trends im Strukturen der relativen Armut hat;

- welche Faktoren zur Erklärung von Differenzen zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten beitragen;
- wie sich die auf der Grundlage von Einkommen und Ausgaben definierten Armutspopulationen in ihrem Lebensstandard unterscheiden.

Die Datengrundlage, die für die nachfolgenden Analysen verwendet wird, sind die Mikrodatenfiles der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes aus den Jahren 1983, 1993, 1998 und 2003. Bei der EVS² handelt es sich um eine Quotenstichprobe von ca. 0,2% der privaten Haushalte; den hier vorgestellten Analysen liegen die Scientific Use Files, d.h. Substichproben zugrunde, deren Umfang im Zeitverlauf variiert (2003: 80% bzw. 42.744

Haushalte). Seit 1993 sind auch Haushalte mit ausländischen Bezugspersonen in die Erhebung einbezogen. Zu beachten ist dabei, dass die Stichprobe auf Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von bis zu 25.000 DM im Jahr 1983 sowie 35.000 DM in den Jahren 1993 und 1998 bzw. 18.000 Euro 2003 beschränkt ist, also Bezieher extrem hoher Einkommen nicht erfasst werden. Das den nachfolgenden Analysen zugrunde liegende Einkommen ist das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen, das auch als Äquivalenzeinkommen bezeichnet wird. Damit werden Haushalte unterschiedlicher Größe und Struktur vergleichbar gemacht. Als Äquivalenzskala wird die so genannte modifizierte OECD-Skala verwendet.³ Für sämtliche Analysen wurde ein Hochrechnungsfaktor verwendet, der statistische Aussagen auf der Ebene von Personen erlaubt. Das Nettoeinkommen ergibt sich nach dem der EVS zugrunde liegendem Konzept aus der Summe aller erzielten Einkünfte (inklusive Weihnachtsgeld/Urlaubsgeld etc., Einkünften aus Vermietung, Verpachtung, Vermögen – einschließlich einer unterstellten Eigentümermiete –, Sonderzahlungen und öffentlichen Zahlungen) abzüglich Steuern, Solidaritätszuschlag und Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung. Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ergibt sich aus der Summe der einzelnen monatlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Einnahmen aus der Auflösung und Umwandlung von Sach- und Geldvermögen sowie aus Kreditaufnahme sind nicht Bestandteil der Einkommen.

Auf der Grundlage der von den Haushalten berichteten Ausgaben für den privaten Konsum werden aus denselben Gründen und nach dem gleichen Prinzip – ebenfalls unter Verwendung der modifizierten OECD-Skala – Äquivalenzausgaben berechnet. Die Gesamtsumme der Konsumausgaben der privaten Haushalte umfasst sämtliche tatsächlich getätigten Käufe von Gütern und Dienstleistungen sowie einen fiktiven Betrag für den Wohnwert (imputed rent) im Falle selbst genutzten Wohneigentums.

Zunächst stellt sich aber die Frage, aus welchen Gründen Differenzen in der Verteilung von Einkommen und Ausgaben überhaupt zu erwarten sein könnten und inwiefern sich daraus Hypothesen über die Art der Differenzen ergeben. In der ökonomischen Literatur und der diesbezüglichen empirischen Forschung

werden vor allem die folgenden Ursachen für Differenzen zwischen den Einkommen und Ausgaben privater Haushalte sowie deren unterschiedliche Verteilung genannt:

- Einkommen und Ausgaben können prinzipiell differieren, weil Einkommen nicht für Konsumzwecke ausgegeben werden müssen, sondern auch gespart werden und Konsumausgaben andererseits auch aus anderen Quellen als dem aktuellen Einkommen finanziert werden können.
- Infolge von Prozessen des Sparens und Entsparens gelten Ausgaben im Zeitverlauf als stabiler und weniger volatil als die Einkommen (u.a. Brewer/Goodman/Leicester 2006), die vor allem, aber nicht nur im Falle von unregelmäßig erzielten Einkommen, z.B. Einkommen aus temporären Beschäftigungsverhältnissen oder auch selbständigen Tätigkeiten, stärkeren Schwankungen unterworfen sind. Die Ausgaben der Haushalte werden daher in der ökonomischen Diskussion auch als besserer Indikator für das so genannte ‚permanent income‘ angesehen. Es ist überdies anzunehmen, dass mit den geringeren zeitlichen Schwankungen auch eine gleichmäßigere Verteilung der Verbrauchsausgaben einhergeht.
- Denkbar ist zudem, dass Informationen über die Haushaltseinkommen und -ausgaben mit unterschiedlicher Präzision und Zuverlässigkeit erhoben werden und damit unterschiedliche Messfehler aufweisen. Vorliegende Studien deuten darauf hin, dass Einkommensdaten größere Messfehler aufweisen als Daten über die Ausgaben. Dies scheint insbesondere im Bereich der unteren Einkommen der Fall zu sein (Meyer/Sullivan 2003), könnte sich jedoch auch im Bereich der hohen Einkommen bestätigen; entsprechende Studien stehen unseres Wissens allerdings noch aus.
- Bestimmte Einkommen, z.B. Einkommen, die in der so genannten Schattenwirtschaft erzielt werden, oder auch Einkünfte aus privaten Transfers, werden möglicherweise in statistischen Erhebungen nicht als solche deklariert, können aber für Konsumausgaben verwendet werden und sich gegebenenfalls in Ausgabendaten niederschlagen.

Erste Aufschlüsse über Unterschiede in der Verteilung vermittelt eine Kreuztabellierung von relativen (in Prozent des Medians) Einkommens- und Ausgabenpositionen (Tabelle 1).

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass lediglich eine Minderheit – in Westdeutschland 30%, in Ostdeutschland 24% – der Personen, die sich in der untersten Einkommensposition befinden, gleichzeitig auch der niedrigsten Ausgabenklasse angehören. Das bedeutet, dass sich mehr als zwei Drittel der Westdeutschen und sogar gut drei Viertel der Ostdeutschen bei einer ausgabenbasierten Betrachtung relativ besser stellen als bei einer einkommensbasierten. Andererseits zeigt sich, dass die Mehrzahl der Personen im oberen Einkommensbereich niedrigere Ausgaben- als Einkommenspositionen einnehmen.

Einkommensschwache Haushalte geben mehr für den Konsum aus als sie an Einkommen beziehen

Diese Beobachtungen stehen im Einklang mit der seit über einem Jahrhundert bekannten Gesetzmäßigkeit einer mit steigendem Einkommen sinkenden Konsum- bzw. steigenden Sparquote: Bei einem durchschnittlichen Ausgabenanteil von 83% in Westdeutschland und 85% in Ostdeutschland geben die am stärksten wohlhabenden Haushalte im Jahr 2003 weniger als 60% (West und Ost je 58%) ihres Einkommens für Konsumzwecke aus. Überraschend ist der Befund, dass die Konsumausgaben in der Gruppe der einkommensschwächsten Haushalte sogar deren Einkommen übersteigen: Für Personen in den Haushalten mit weniger als 50% des durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens betragen die monatlichen Konsumausgaben im Jahre 2003 in Westdeutschland 116% und in Ostdeutschland sogar 120% der monatlichen Einkommen. In absoluten Zahlen beträgt diese Differenz 2003 im Durchschnitt 212 Euro in Westdeutschland und 170 Euro in Ostdeutschland. Dieses in der englischsprachigen Literatur auch als „overspending“ bezeichnete Phänomen ist für die unterste Einkommensposition in Westdeutschland – mit zunehmender Intensität – für den gesamten Zeitraum seit 1983 zu beobachten, in Ostdeutschland seit 1998.

Aufschlüsse über die Ungleichheit bzw. Konzentration einer Verteilung liefert der Gini-In-

Tabelle 1: Relative Ausgabenpositionen nach relativen Einkommenspositionen

Konsumausgaben	Einkommen											
	<50%		50-74%		75-99%		100-149%		150-199%		200+%	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
<50%	30	24	5	4	1	1	0	0	0	0	0	0
50-74%	53	58	44	48	17	18	7	6	2	2	1	1
75-99%	11	12	36	36	45	43	26	25	10	12	5	5
100-149%	4	3	12	10	31	32	50	52	48	51	27	33
150-199%	1	1	1	1	3	3	12	12	24	22	29	33
200+%	1	2	1	1	3	2	6	6	15	13	38	29
	100	100	99	100	100	99	101	101	99	100	100	101

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003

Tabelle 2: Gini-Index der Haushaltsäquivalenzeinkommen und -ausgaben

	Äquivalenzeinkommen		Äquivalenzausgaben	
	West	Ost	West	Ost
1983	0,24	–	0,23	–
1993	0,27	0,20	0,24	0,21
1998	0,27	0,22	0,27	0,25
2003	0,27	0,23	0,26	0,24

Datenbasis: EVS 1983-2003

dex als ein gebräuchliches zusammenfassendes Ungleichheitsmaß. Wie Tabelle 2 verdeutlicht, zeigt der Gini-Index für das Haushaltsäquivalenzeinkommen wie auch für die Haushaltsäquivalenzausgaben in Westdeutschland zwischen 1983 und 2003 eine zunächst zunehmende und dann auf konstant hohem Niveau verbleibende Ungleichheit an.⁴

Die Konsumausgaben sind fast ausnahmslos etwas weniger ungleich verteilt als die Einkommen. In Ostdeutschland ist der Gini-Index zwischen 1993 und 1998 sowohl für die Haushaltseinkommen als auch für die Haushaltsausgaben gestiegen und ist danach wieder etwas gesunken. Aber entgegen der Erwartung – und anders als in Westdeutschland – übersteigt das Ausmaß der Ungleichheit der Ausgaben in Ostdeutschland das der Einkommen in jedem der drei Beobachtungsjahre. Dies dürfte vor allem darin begründet sein, dass die Einkommensungleichheit in den ostdeutschen Bundesländern – vor allem bedingt durch die hohen Anteile von Transfereinkommen im Beobachtungszeitraum – im Vergleich zu Westdeutschland nach wie vor ungewöhnlich niedrig ausfällt.

Um einen detaillierteren Einblick in den unteren Bereich der Verteilung zu gewinnen, bietet sich die Betrachtung von relativen Armutsquoten und Armutsrisiken an. Dazu wurden sowohl einkommens- als auch ausgabenbasierte Armutsquoten bzw. Armutsrisikoquoten mit zwei alternativen Armutsgrenzen (<60% bzw. <50% des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen) berechnet. Grafik 1 stellt den Verlauf der Armutsquoten über den Zeitraum von 1983 bis 2003 in Westdeutschland sowie 1993 bis 2003 in Ostdeutschland dar.⁵

Deutliche Diskrepanzen zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten

Ohne an dieser Stelle auf die Ergebnisse in allen Einzelheiten eingehen zu können, verdeutlicht die Darstellung, dass einkommens- und ausgabenbasierte Ansätze der Armutsmessung offenkundig zu unterschiedlichen Befunden nicht nur des Armutsniveaus, sondern auch der Armutsentwicklung kommen.

Die auf der Basis der Haushaltseinkommen berechneten Armutsquoten⁶ indizieren fast durchgängig ein höheres Armutsniveau als Armutsquoten, die auf der Grundlage der Konsumausgaben der Haushalte berechnet werden. Die an einer Armutsquote von 50%

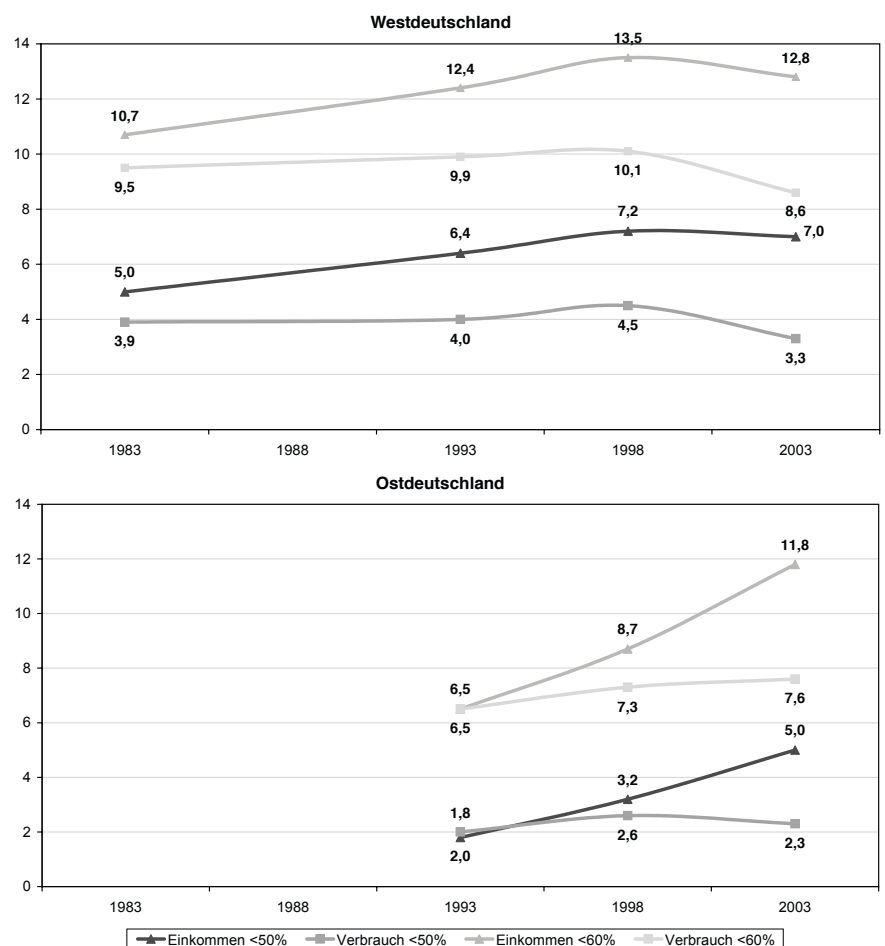
des Medians gemessenen Armutsquoten, auf die wir uns im Folgenden konzentrieren, erreichen bei einer einkommensbasierten Betrachtung im Jahre 2003 ein Niveau, das etwa doppelt so hoch ist wie bei einer ausgabenbasierten Betrachtung. Das gilt für die westlichen und östlichen Bundesländer gleichermaßen. Dabei hat sich die Differenz zwischen den einkommens- und ausgabenbasierten Quoten – in Ostdeutschland noch ausgeprägter als im Westen – im Zeitverlauf deutlich vergrößert. Bemerkenswert ist dabei insbesondere, dass der Befund einer über die Zeit tendenziell zunehmenden Armut, der sich auf der Basis von einkommensbasierten Armutsquoten ergibt, bei einer ausgabenbasierten Betrachtung nicht bestätigt wird.

Drastische Differenzen zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten

ergeben sich insbesondere auch bei der Betrachtung gruppenspezifischer Armutsrisiken (Grafik 2). Während z.B. die Armutsquote (<50% des Medians) der Sozialhilfeempfänger bei einer einkommensbezogenen Betrachtung in Westdeutschland im Jahre 2003 65% (Ostdeutschland: 49%) betrug, ergibt sich bei einer ausgabenbezogenen Betrachtung eine weit darunter liegende Quote von 28% (Ostdeutschland: 24%). Für Arbeitslose betragen die entsprechenden Quoten in Westdeutschland 40% (Einkommensarmut) und 17% (Ausgabenarmut), in Ostdeutschland 23% bzw. 8%. Ähnlich ausgeprägte Differenzen ergeben sich auch bei anderen Merkmalen, wie z.B. Alter und Familientyp. Dabei übertreffen die einkommensbasierten Armutsquoten die ausgabenbasierten praktisch ausnahmslos und erreichen teilweise das zweifache oder gar dreifache Niveau, wobei die Differenzen allerdings je nach Merkmal und Personengruppe variieren.

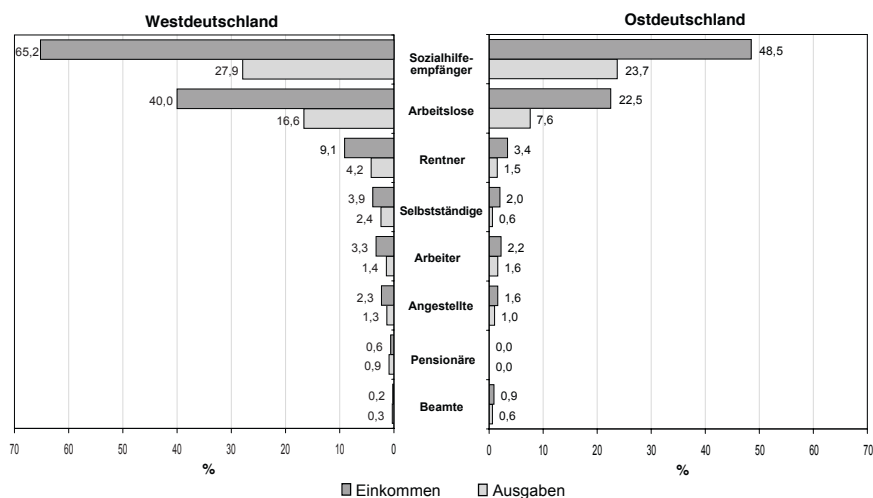
Wie sind die gefundenen Diskrepanzen zwischen den einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten zu erklären? Unseres Erachtens kommen prinzipiell drei Möglichkeiten als Erklärung für den Befund einer die Ausgabenarmut übersteigenden Einkommensarmut und die empirische Tatsache in Betracht, dass beachtliche Anteile – nämlich mehr als die

Grafik 1: Armutsquoten (<50% und <60% Median; modifizierte OECD-Skala) basierend auf Einkommen und Verbrauch, 1983-2003



Datenbasis: EVS 1983-2003

Grafik 2: Einkommens- vs. ausgabenbasierte Armutsquoten (50% Median, modifizierte OECD-Skala) nach sozialer Position, 2003



Datenbasis: EVS 2003

Hälfte – der „Einkommensarmen“ in Ost und West ihren Lebensstandard durch Ausgaben zu verbessern vermögen, die nicht aus den laufenden Einkommen bestritten werden:

- Haushalte finanzieren die ihr Einkommen übersteigenden Ausgaben, indem sie sich verschulden;
- Haushalte bestreiten Teile ihrer Konsumausgaben aus Ersparnissen;
- Haushalte finanzieren Teile ihrer Ausgaben aus nicht deklarierten Einkommen, z.B. Einkommen aus der Schattenwirtschaft oder auch privaten Transfers.

Während die zuletzt genannte Möglichkeit auf der Grundlage der hier verwendeten Daten der EVS nicht überprüft werden kann, stehen Informationen zur Verschuldung und zu den Ersparnissen der Haushalte zur Verfügung, die mindestens indirekte Antworten auf die aufgeworfenen Fragen zulassen.

Die Befunde der dazu angestellten Analysen verdeutlichen zunächst, dass die von den „Einkommensarmen“ berichteten finanziellen Einnahmen, die aus Vermögensumwandlungen und der Aufnahme von Krediten resultieren, im Jahre 2003 in Westdeutschland nahezu das siebenfache und in Ostdeutschland das vierfache der entsprechenden Einkünfte der „Ausgabenarmen“ betragen. Dieses Resultat kann als ein Indiz dafür gewertet werden, dass sich „Einkommensarme“ in deutlich größerem Umfang als „Ausgabenarme“ ausgabefähige liquide Mittel verschaffen, die nicht dem laufenden Einkommen entstammen. Darüber hinaus zeigt sich, dass die aus Vermögensumwandlungen und der Aufnahme von Krediten entstammenden Ressourcen bei „Einkommensarmen“, deren Ausgaben ihr reguläres Einkommen übersteigt (overspenders), in Westdeutschland drei Mal und in Ostdeutschland sogar 12 Mal so hoch sind wie bei „Einkommensarmen“, für die das nicht zutrifft.

„Overspending“ beruht überwiegend auf dem Aufbrauchen von Ersparnissen

Aus unseren Analysen geht zudem hervor, dass nur ein kleinerer Teil des gesamten „overspending“ in der Gruppe der „Einkommensarmen“ durch die Aufnahme von Krediten bzw. Verschuldung finanziert wird. Der Befund, dass ca. drei Viertel der berichteten Einkünfte aus Vermögensumwandlungen und Krediten auf Einkünfte aus Vermögensumwandlungen entfällt, lässt vielmehr darauf schließen, dass der weitaus größte Teil der die laufenden monatlichen Einkommen übersteigenden Ausgaben aus früheren Ersparnissen bestritten wird. Soweit von diesem Personenkreis Kredite in Anspruch genommen werden, handelt es sich überwiegend um Kontoüberziehungskredite. Der Verzehr vorhandener Ersparnisse bzw. die Auflösung vorhandener Vermögenswerte spielen demnach offenbar eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, das „overspending“ von einkommensschwachen Haushalten und damit auch Diskrepanzen zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten aufzuklären.

Damit ist auch die Frage aufgeworfen, inwieweit sich „Einkommensarme“ und „Ausgabenarme“ in ihrem realisierten materiellen Lebensstandard – als der sozialpolitisch letztlich vor allem interessierenden Zielgröße – unterscheiden. Sind es die Bezieher niedriger Einkommen oder die Personen mit geringen Ausgaben, die in dieser Hinsicht „ärmer“ sind?

Tabelle 3 enthält eine Reihe von im Rahmen der EVS verfügbaren Indikatoren des materiellen Lebensstandards und vergleicht die Werte von drei verschiedenen Armutspopulationen: den „Einkommensarmen“, den „Ausgabenarmen“ sowie der sehr kleinen Gruppe (West: 2,1%, Ost: 1,2%) von Personen, die sowohl einkommens- als auch ausgabenarm sind. Zum Vergleich werden zudem auch die Werte für die große Majorität der Bevölkerung ausgewiesen, die weder einkommensarm noch ausgabenarm ist.

Mehr als die Hälfte der Einkommensarmen verbessern Lebensstandard durch ‚overspending‘

Auffällig ist zunächst, dass die „Einkommensarmen“ im Vergleich zu den „Ausgabenarmen“ zwar eine niedrigere relative Einkommensposition, aber eine deutlich höhere relative Ausgabenposition erreichen und auch in absoluten Größen mehr für den Konsum ausgeben: Bei den monatlichen Äquivalenzausgaben beträgt die Differenz in Westdeutschland immerhin 264 Euro (Ostdeutschland: 244 Euro), bei den tatsächlichen Ausgaben 351 Euro in Westdeutschland und 210 Euro in Ostdeutschland. Zurückzuführen ist das relativ zu den Einkommen vergleichsweise hohe Ausgabenniveau der „Einkommensarmen“ auf den enorm hohen Anteil von mehr als 50% „overspenders“ in dieser Population. Man kann diese Befunde einerseits als Hinweis darauf betrachten, dass die laufenden Einkommen den Bedarf dieser Haushalte nicht zu decken vermögen; die Ergebnisse zeigen aber zugleich auch, dass ein Teil der „Einkommensarmen“ – mindestens für eine gewisse Zeit – über Reserven verfügen, die es ihnen erlauben, ihre Einkommensmisere zu überbrücken und das Niveau ihres Lebensstandards aufzubessern.⁷

Bei einem im Vergleich zu den „Einkommensarmen“ deutlich niedrigeren Ausgabeniveau verfügen die „Ausgabenarmen“ nicht nur über höhere Einkommen und Ersparnisse, sondern sind auch zu größeren Anteilen Haus- bzw. Wohnungseigentümer. Bezüglich der übrigen – meist den Besitz langlebiger Gebrauchsgüter betreffenden – Indikatoren, sind die Differenzen zwischen den Populationen der Einkommens- und Ausgabenarmen gering und es zeichnet sich keine eindeutige Schlechter- oder Besserstellung der einen oder anderen Gruppe ab. Berücksichtigt man die besseren Einkommens- und Vermögensverhältnisse der „Ausgabenarmen“ deuten die Befunde zudem auf einen sparsameren Lebensstil dieses im Durchschnitt auch etwas älteren Personenkreises hin.

Wie nicht anders zu erwarten, weist die Gruppe der sowohl „Einkommens-“ als auch „Ausgabenarmen“ den mit Abstand niedrigsten Lebensstandard auf und ist – wie an den Indikatorwerten abzulesen – in vielfacher Hinsicht depriviert. Im Unterschied zu den „Einkommensarmen“ fehlen den Personen, die in diese Armutskategorie fallen, in der Regel offensichtlich auch die Reserven, die es ihnen erlauben würden, mehr auszugeben als das geringe laufende Einkommen zulässt, oder früher einmal vorhandene Reserven sind bereits aufgebraucht. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich hier um einen Personenkreis handelt, der nicht nur vorübergehend in eine prekäre finanzielle Lage geraten ist, sondern bereits über längere Zeit in der Armut verharret.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass einkommens- und ausgabenbasierte Analysen offensichtlich zu unterschiedlichen Diagnosen von Ungleichheit und Armut führen. Das gilt

nicht nur für Ausmaß und Niveau, sondern auch für Strukturen und Entwicklungstrends. Die Befunde haben verdeutlicht, dass eine sich ausschließlich auf das Einkommen stützende Betrachtung nur ein unvollständiges Bild von Ungleichheit und Armut zu zeichnen vermag und die ergänzende Berücksichtigung der Ausgabenseite Informationsgewinne mit sich bringt, die auch sozialpolitisch von Interesse sind. So wird erst aus der Gegenüberstellung von Einkommen und Ausgaben ersichtlich, in welchem Verhältnis vorhandene Ressourcen und der tatsächliche Lebensunterhalt der Haushalte stehen, ob und wie sie ihren Bedarf mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen aus den laufenden Einkommen und anderen Quellen zu decken vermögen und wo es diesbezüglich zu besonderen Diskrepanzen und Defiziten kommt. Auch wenn die Analysen gezeigt haben, dass eine ausgabenbezogene Betrachtung die gesellschaftliche Realität von Ungleichheit und Armut in einem milderen Licht erscheinen lässt, weil manche Haushalte ihre Einkommensarmut vorübergehend teilweise zu kompensieren vermögen, gibt

dies kaum Anlass zur Entwarnung oder gar Verharmlosung. Ob und in welchem Umfang die Haushalte über Reserven verfügen, auf die sie in einer Notlage zurückgreifen können, und wie lange sie davon gegebenenfalls zu zehren vermögen, wird nicht zuletzt auch von den institutionellen Rahmenbedingungen beeinflusst. Man kann vermuten, dass dieses in der Vergangenheit offenbar vorhandene Potenzial durch die bereits umgesetzten Reformen der sozialen Sicherungssysteme eher vermindert als gefördert wird. Insgesamt geben die dargelegten Befunde Anlass, die bisher in der Armutsforschung und -berichterstattung vorherrschende einkommensbasierte Betrachtungsweise zukünftig durch eine ausgabenbasierte zu ergänzen, denn – so Sabelhaus und Schneider (1997: 173) – „income is only part of the story about economic well-being“.

1 Vgl. u.a.: „On a standard of living approach, it may appear self-evident that consumption should be the variable studied“ (Atkinson 1998); „Consumption can be argued to be a more relevant measure when one is interested

in assessing standards or levels of living (Zaidi/de Vos 2001); „Consumption provides a more accurate indicator of welfare, and its substitution for income leads to dramatically different conclusions“ (Slesnick 2001).

- 2 Zu weitergehenden Informationen vgl. Statistisches Bundesamt 2005.
- 3 Die modifizierte OECD-Skala sieht folgende Gewichtung vor: 1. Person im Haushalt »1«, weitere Personen unter 14 Jahre »0,3«, weitere Personen ab 14 Jahre »0,5«.
- 4 Die im Vergleich zu anderen Veröffentlichungen auf der gleichen Datengrundlage etwas höheren Werte des Gini-Index sind vermutlich auf die Verwendung unterschiedlicher Einkommenskonzepte zurückzuführen. So wird z.B. für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ein „laufend verfügbares Einkommen“ verwendet, das sich errechnet, indem bestimmte Beträge (insbesondere freiwillige Beiträge zur Sozialversicherung und Steuerrückzahlungen) vom Haushaltsnettoeinkommen subtrahiert werden. Für eine vergleichende Betrachtung von Haushaltseinkommen und –ausgaben ist das Haushaltsnettoeinkommen unseres Erachtens jedoch vorzuziehen.
- 5 Wegen der Betrachtung längerfristiger zeitlicher Verläufe beziehen sich die Armutsgrenzen in diesem Beitrag auf die jeweiligen Verteilungen in West- und Ostdeutschland. Die Medianwerte belaufen sich für das Haushaltsnettoeinkommen im Jahre 2003 auf 1.725 Euro in Westdeutschland und 1.429 Euro in Ostdeutschland sowie für die Konsumausgaben auf 1.291 Euro in Westdeutschland und 1.097 Euro in Ostdeutschland.
- 6 Die hier berichteten einkommensbasierten Armutsquoten sind wegen der Unterschiede in den verwendeten Einkommenskonzepten mit anderenorts – z.B. im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – veröffentlichten Quoten nicht voll vergleichbar. Es ist zudem zu berücksichtigen, dass sich die hier berichteten Quoten – anders als im 2. Armuts- und Reichtumsbericht, dem die Angaben für das 1. Halbjahr 1998 und 2003 zugrunde liegen – jeweils auf das gesamte Jahr beziehen.
- 7 Aus Längsschnittanalysen ist bekannt, dass der größte Teil der Einkommensarmut eher kurzfristiger Natur ist (vgl. z.B. Biewen 2003).

Atkinson, Antony B., 1998: Poverty in Europe. Blackwell: Oxford.
 Biewen, Martin, 2003: Who are the chronic poor? Evidence on the extent and the composition of chronic poverty in Germany. DIW Discussion Paper 350. Berlin.
 Brewer, Mike, Goodman, Alissa, Leicester, Andrew, 2006: Household spending in Britain. What can it teach us about poverty? London: The Institute for Fiscal Studies.
 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), 2005: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Köln: Verlag Bundesanzeiger.

Tabelle 3: Soziodemografische Merkmale und Indikatoren des Lebensstandards nach Armutstyp

	Nicht arm		Arm Einkommen (<50%)		Arm Ausgaben (<50%)		Arm Einkommen und Ausgaben (<50%)	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
% Personen	91,8	94,0	7,0	5,0	3,3	2,3	2,1	1,2
Ø Alter der Bezugsperson	50	50	46	43	48	44	46	43
Relative Einkommensposition (% Median)	120	113	40	43	50	55	38	41
Relative Ausgabenposition (% Median)	121	116	63	67	43	45	42	45
Monatliche Ausgaben in Euro	2.747	2.206	1.276	1.062	925	852	839	775
% Overspenders	17	19	55	56	12	7	19	12
Geldvermögen in Euro	35.794	21.173	10.001	6.021	13.205	6.826	5.749	2.838
Haus- /Wohnungseigentümer %	60	42	9	3	17	9	6	1
Wohnfläche pro Person qm	46	37	36	35	33	28	33	30
Zentralheizung %	93	96	87	90	86	88	85	82
PKW-Besitz %	90	85	51	48	50	54	38	38
Darunter gekauft als Neuwagen %	42	41	12	9	13	15	7	7
Besitz eines PC %	75	70	57	55	52	54	50	42
Internetzugang %	62	54	41	36	34	27	32	22
Besitz Gefrierschrank, -truhe %	80	66	51	36	52	35	44	26
Besitz Geschirrspülmaschine %	74	58	36	22	33	25	26	13
Besitz Mobiltelefon %	81	81	67	66	65	65	65	59

Datenbasis: EVS 2003

Meyer, Bruce D., Sullivan, James X., 2003: Measuring the Well-Being of the Poor Using Income and Consumption. NBER Working Paper no. 9760. Cambridge.

Sabelhaus, John, Schneider, Ulrike, 1997: Measuring the distribution of well-being: why income and consumption give different answers. *Konjunkturpolitik* 43: 153-176.

Slesnick, Daniel T., 2001: Consumption and

Social Welfare. Living standards and their distribution in the United States. Cambridge: Cambridge University Press.

Statistisches Bundesamt, 2005: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe - Aufgabe, Methode und Durchführung der EVS. Fachserie 15, Heft 7. Wiesbaden.

Zaidi, Asghar M., de Vos, Klaas, 2001: Trends in consumption-based poverty and

inequality in the European Union during the 1980s. *Journal of Population Economics*, 14: 367 – 390.

■ **Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, ZUMA**

Tel.: 0621/1246-241 und -245
noll@zuma-mannheim.de
weick@zuma-mannheim.de

Sektion Soziale Indikatoren auf dem Soziologiekongress in Kassel

Der 33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie fand vom 9. bis 13. Oktober 2006 in Kassel statt. In der ersten von zwei Veranstaltungen der Sektion Soziale Indikatoren wurden Fragen des Zusammenhangs von Lebensqualität und demografischem Wandel im nationalen und internationalen Maßstab thematisiert.

Nach der Begrüßung durch den Sektionssprecher Heinz-Herbert Noll (ZUMA Mannheim) wurde die Veranstaltung durch Changcheng Zhou aus dem diesjährigen Gastland China (Universität Wuhan) eröffnet. Zhou zeigte anhand ausgewählter Indikatoren, wie sehr sich die Lebensqualität in China in den letzten Jahren verbessert hat. Zugleich wies er auf die enormen Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten hin.

Nicole Burzan (Universität Dortmund) trug über die Einbindung von Familien mit und ohne Kinder in zentrale gesellschaftliche Teilsysteme (Freizeit, Gesundheit, Wissenschaft) vor. Während Lebenslagen einen signifikanten Effekt auf Inklusionsprofile haben, unterscheidet sich der Inklusionsgrad zwischen Paaren mit und ohne Kinder nicht wesentlich voneinander.

Im anschließenden Vortrag gingen Jürgen Schupp (DIW Berlin) und Wolfgang Voges (Universität Bremen) der Frage nach, ob mit zunehmendem Alter das Risiko sozialer Isolation steigt. Gegenwärtig finden sich unter den Älteren 5-10%, denen jegliche Einbindung in familiäre oder andere soziale Netzwerke fehlt.

Im Zentrum der europäisch vergleichenden Untersuchung von Petra Böhnke und Ulrich Kohler (beide WZB Berlin) stand die Lebenszufriedenheit in verschiedenen Altersgruppen. Individuelle sozio-ökonomische Aspekte und Gesundheitsfaktoren erklären zum Teil die unterschiedlichen Effekte des Alters auf die Lebenszufriedenheit.

Im vorletzten Beitrag berichtete Jörg Dittmann (ZUMA Mannheim) über Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentliche

Sicherheit. Alleine durch die Alterung der Gesellschaft ist zukünftig ein nennenswerter Rückgang der Straftaten und damit eine Zunahme der öffentlichen Sicherheit zu erwarten. Da die Furcht vor Kriminalität bei älteren Menschen ausgeprägter ist, bewirken die demografischen Veränderungen jedoch keinen Anstieg des Sicherheitsgefühls.

Im abschließenden Vortrag der Veranstaltung stellte Annette Spellerberg (TU Kaiserslautern) Ergebnisse einer Studie über Wahrnehmung und Folgen der Alterung und des Bevölkerungsrückgangs im Saarland vor und berichtete über Maßnahmen, die in saarländischen Städten und Gemeinden zur Sicherung von Lebensqualität ergriffen werden.

In der zweiten Veranstaltung wurden aktuelle Forschungen aus dem Bereich der Sozialberichterstattung, Soziale Indikatoren und Lebensqualität vorgestellt. Wolfgang Glatzer und Roland Bieräugel (Universität Frankfurt) berichteten aus einem laufenden Projekt über die Akzeptanz sozialpolitischer Veränderungsprozesse in der Bevölkerung (siehe ISI 36). Der Sozialstaat als Instrument der umfassenden Absicherung von Lebensrisiken genießt nach wie vor eine hohe Wertschätzung in der Bevölkerung. Eine aktivierende Sozialpolitik in Form größerer Eigenverantwortung findet nur dann Zustimmung, wenn keine konkrete finanzielle Belastung droht.

Nachdem Yuan Hao und Hilje Brockmann (Graduate School of Social Sciences, Bremen) über unterschiedliche Einflusstärken von ökonomischen und sozialen Faktoren für subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland und China berichtet haben, trug Stefan Weick (ZUMA Mannheim) über die Hilfe- und Pflegebedürftigkeit älterer Menschen vor. Neben der objektiven Situation von pflegebedürftigen Menschen wurde der Frage nachgegangen, wie sich das subjektive Wohlbefinden nach Eintritt von Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit im Lebensverlauf verändert. Die Analysen mit Daten des SOEP verdeutlichen, dass das Auftreten von Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit

im Lebensverlauf mit deutlichen Zufriedenheitseinbußen einhergeht.

Über die Wahrnehmung von Wohlfahrtsgeinnen und -defiziten von Empfängern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach Einführung des SGB II berichteten Juliane Achatz und Claudia Wenzig (IAB Nürnberg). Unter den Leistungsempfängern und ehemaligen Arbeitslosenhilfebeziehern wird die Einführung des SGB II vor allem bei Frauen und Älteren sowie bei Personen mit geringer Berufsqualifikation als Statusabwertung wahrgenommen.

Im Vortrag von Marcel Erlinghagen (IAT Gelsenkirchen) wurde die subjektiv wahrgenommene Beschäftigungsunsicherheit in Europa untersucht. Befristete Beschäftigte, ehemals Arbeitslose, Arbeitnehmer, die ihre finanzielle Situation als schwierig bezeichnen und Menschen mit schlechtem Gesundheitszustand berichten von verstärkter Angst, ihren Job zu verlieren. Überraschender Weise haben das Ausmaß des gesetzlichen Kündigungsschutzes, der Konjunkturverlauf und der Umfang staatlicher Sozialausgaben keinen signifikanten Einfluss auf die empfundene Beschäftigungsunsicherheit.

Thema des Vortrags von Peter Krause und Constanze Büning (DIW Berlin) war die Entwicklung der Einkommensverteilung in Haushalten. Die Einkommensentwicklung weist für Deutschland in den letzten Jahren auf ein Anwachsen der Ungleichheit und in dessen Folge auf eine Steigerung des Armutsrisikos hin.

Im letzten Vortrag der Veranstaltung berichteten Irena Kogan, David Reimer (MZES Mannheim), Claudia Geist (Indiana University, Bloomington) und Cornelia Hausen (MPI Berlin) über unterschiedliche Vorstellungen von „Familie“ in Deutschland und den USA. Während US-Amerikaner eine Lebensgemeinschaft vor allem dann als Familie auffassen, wenn das Attribut Ehe vorliegt, sprechen Deutsche überwiegend dann von Familie, wenn Kinder vorhanden sind.

Im Anschluss an die Veranstaltung fand eine Mitgliederversammlung der Sektion Soziale Indikatoren statt.

■ **Jörg Dittmann, ZUMA**

Tel.: 0621/1246-248
dittmann@zuma-mannheim.de